

Frieden muss noch lange warten

Israels Kriegsführung kann auf die Vertreibung von Palästinensern hinauslaufen, sagt der Nahost-Experte Helmut Krieger. Er erwartet nicht, dass es in naher Zukunft einen Palästinenserstaat gibt.

Von Floo Weißmann

Tel Aviv, Gaza – Wenn man den westlichen Staatskanzleien von Washington bis Wien zuhört, dann muss es nach dem aktuellen Gaza-Krieg einen neuen Anlauf zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern geben. Wird das auch so kommen? – Nein, sagt Helmut Krieger, Politologe und Nahost-Experte an der Uni Wien. Im Gegenteil: Derzeit spricht alles dafür, dass sich der Konflikt weiter zuspitzt – mit katastrophalen Folgen für die palästinensische Zivilbevölkerung, aber auch keiner nachhaltigen Sicherheit für Israelis.

Krieger erinnert daran, dass der Westen schon nach früheren Gewaltausbrüchen den Palästinensern versprochen hatte, sie würden nun rasch ihren eigenen Staat bekommen. Das sei der Versuch gewesen, „die Eskalationsdynamik in eine politische Richtung zu lenken“ – ohne dann allerdings Ergebnisse zu liefern. „Insofern fehlt dieser Debatte heute jede Glaubwürdigkeit.“

Vor Ort bestimmt vor allem die israelische Regierung, wie es weitergeht. Und diese hat eine Zweistaatenlösung – oder auch nur eine palästinensische Kontrolle über den Gazastreifen – bereits kategorisch abgelehnt. Die bisherigen Ankündigungen von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu laufen „auf eine anhaltende Präsenz der israelischen Armee im Gazastreifen hinaus“, sagt Krieger.

Der Experte glaubt nicht, dass der politisch angeschlagene Regierungschef den Krieg vor allem deshalb fortsetzt, um an der Macht zu bleiben. „Das mag für ihn persönlich ein weiterer Fak-



Palästinenser in Rafah im südlichen Gazastreifen durchsuchen nach einem israelischen Luftangriff die Trümmer eines Hauses.

Foto: AFP

tor sein. Grundsätzlich geht es aber um eine langfristige Dominanz des Gazastreifens.“ Aus israelischer Sicht knüpft das an die Politik der vergangenen Jahrzehnte an. Schon lange herrsche in Israel das „Verständnis, nur über absolute militärische Dominanz Sicherheit erreichen und zugleich die Besatzung ausweiten zu können“, sagt Krieger.

Der Hamas-Überfall am 7. Oktober samt Gräueltaten und Entführungen hat das Sicherheitsgefühl tief und nachhaltig erschüttert. Seitdem geht es nicht allein der rechts-religiösen Regierung darum, die militärische Über-

legenheit wiederherzustellen. Auch große Teile der israelischen Zivilbevölkerung teilen diese Haltung. Krieger nennt das „emotional nachvollziehbar, aber politisch fatal und verheerend für die palästinensische Zivilbevölkerung“.

Im Gazastreifen beobachtet der Experte, dass Israel nicht allein auf die militärische Zerstörung der Hamas abzielt, was offiziell als Kriegsziel ausgerufen wurde. Sondern es werde auch die Lebensgrundlage einer Zivilbevölkerung zerstört, die in Israel als soziale Basis der Islamisten wahrgenommen wird. Pläne für einen Wiederaufbau hat Israel

keine. Krieger: „Wie sollen die 2,3 Millionen Menschen in Zukunft leben?“

Rechte Organisationen in Israel, die auch in der Regierung vertreten sind, fordern die Vertreibung von Palästinensern – kaschiert als „freiwillige Umsiedlung“. Netanjahu und sein Likud-Block betonen, dass das nicht Regierungspolitik sei. Aber ihre Kriegsführung könnte – zusammen mit der Totalblockade des Gazastreifens – genau das zur Folge haben.

„Ich schätze es leider so ein, dass auch der Likud davon träumt, über Massenvertreibungen durch die militä-

rischen Angriffe eine relative Befriedung des Gazastreifens zu schaffen“, sagt Krieger. Er verweist u. a. auf die Bombardierung von Zonen, die bis dahin als Rückzugsraum für Binnenflüchtlinge ausgewiesen waren.

„Die Kriegsführung läuft darauf hinaus, dass sich Zigttausende in Rafah am Grenzraum versammeln und verzweifelt versuchen werden, irgendwie nach Ägypten zu gelangen“, sagt Krieger.

Auch der Stopp der Zahlungen an die UNO-Palästinenserhilfe durch ein Dutzend westlicher Staaten – inklusive Österreich – kann die Lage der

Zivilisten verschärfen.

Vordergründig geht es dabei um den Vorwurf, ein Dutzend Mitarbeiter der UNRWA seien an den Anschlägen vom 7. Oktober beteiligt gewesen und viele weitere hätten Verbindungen zur Hamas. Die israelische Regierung nannte die UNO-Behörde sogar den zivilen Arm der Hamas.

„Selbstverständlich muss die UNRWA das lückenlos aufklären“, sagt Krieger. Allerdings habe die UNRWA ihre Mitarbeiterlisten regelmäßig an Israel geschickt. „Es gab bislang keine Klagen.“

Dahinter steht ein Grundsatz-Konflikt. Denn die Vereinten Nationen haben die UNRWA einst als Reaktion auf Flucht und Vertreibung von 750.000 Palästinensern im Zuge der Staatsgründung Israels gegründet. Die UNRWA sei damit „ein ständiger Stachel (für Israel), was die Frage historischen Unrechts betrifft“, sagt Krieger.

Und im aktuellen Gazakrieg fungiere die UNO-Palästinenserhilfe zugleich als „Zeugin der Kriegsführung“ – für die Weltöffentlichkeit ebenso wie für das Genozid-Verfahren, das Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Israel angestrengt hat.

All das macht die UNRWA zum politischen Zankapfel. Netanjahu fordert offen ihre Auflösung. Aber im Moment ist sie auch die einzige verbliebene Organisation, die den Palästinensern eine Art von Überleben ermöglicht, sagt Krieger. Sie finanziell auszutrocknen, „wäre eine gezielte weitere Zuspitzung einer humanitären Katastrophe. Und diese Verantwortung trägt nicht allein Israel, sondern auch westliche Staaten, auch die österreichische Bundesregierung.“

Erneut Houthi-Miliz beschossen

Iran verurteilt die US-Angriffe als Gefährdung der internationalen Sicherheit.

Washington, Sanaa – Einen Tag nach den US-Luftangriffen gegen proiranische Milizen im Irak und Syrien haben Streitkräfte der USA und Großbritannien gemeinsam Stellungen der Houthi im Jemen beschossen. Mit der Hilfe weiterer Länder seien 36 Ziele der ebenfalls vom Iran unterstützten Houthi-Miliz an 13 Orten im Jemen attackiert worden, teilte das US-Verteidigungsministerium am Samstagabend (Ortszeit) in Washington mit. Der Iran verurteilte die Angriffe.

Es ist bereits der dritte gemeinsame britisch-amerikanische Militäreinsatz in den vergangenen Wochen gegen die Houthi. Er folgt auf umfangreiche Vergeltungsschläge der Amerikaner gegen Milizen im Irak und Syrien in der Nacht zuvor. In einer gemeinsamen



US-Amerikaner und Briten flogen in der Nacht zum Sonntag Einsätze gegen die vom Iran unterstützten Houthis im Jemen.

Foto: AFP/US Central Command

Stellungnahme der beteiligten Länder hieß es, bei den beschossenen Zielen im Jemen handle es sich unter anderem um Waffenlager, Raketensysteme und Abschussvorrichtungen sowie Luftverteidigungssysteme. Die Attacken der Houthi auf Handels- und

Marineschiffe seien eine internationale Herausforderung.

Die Houthi nehmen seit Beginn des Gaza-Krieges immer wieder Handelsschiffe im Roten Meer ins Visier. Die Miliz agiert aus Solidarität mit der Hamas und richtet ihre Attacken vor der jemenitischen

Küste auf Frachter mit angeblicher Verbindung zu Israel. Angesichts der Gefahren meiden große Reedereien zunehmend die kürzeste Seeweg-Verbindung zwischen Asien und Europa. Das hat mittlerweile erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Die Houthi bekräftigten wie nach vorigen US-Angriffen gegen Ziele im Jemen, dass sie ihre Attacken in der Region fortsetzen würden. „Wir werden auf Eskalation mit Eskalation antworten“, hieß es. Diese einseitigen und abenteuerlichen Operationen gegen den Jemen führten lediglich zu noch mehr Spannungen in der Region und gefährdeten auch die internationale Sicherheit, schrieb der iranische Außenamtssprecher Nasser Kanaani auf der Ministeriums-Website. (TT, APA, dpa, Reuters)



Druck auf Netanjahu wächst

Tausende Menschen haben in Israel den Druck auf die Regierung erhöht, mehr für die Freilassung der entführten Geiseln zu tun. Bei einer der Kundgebungen verlangten die Teilnehmer in Tel Aviv den Rücktritt von Benjamin Netanjahu und Neuwahlen. Sie warfen dem Regierungschef vor, die Bemühungen um die Geiselfreilassung seinem politischen Überleben unterzuordnen.

Foto: AFP/Gharrabi